

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselereignisse von 1870 bis 1945

Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/135

Schlußfolgerungen für den Zeitraum von 1870 bis 1945

Merkt doch auf, ihr Narren im Volk! Und ihr Toren, wann wollt ihr klug werden? Wer Ohren und Augen hat, sollte der nicht hören und sehen? ... Aber der Herr kennt die Gedanken der Menschen: sie sind nur ein Hauch!

Psalm 94, 8-11

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte. ...<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung"

bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/158): >>... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reicheinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Für die europäischen Großmächte bedeutete die Gründung des deutschen Reiches eine grundlegende Änderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228). Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").

Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Infolge der deutschen Aktivitäten (Bau der "Bagdad-Bahn" von 1903-1913 usw.) im Osmanischen Reich verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders die Ausbeutung der Erdölquellen in Persien und die Stabilität des indischen Kolonialreiches gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.

Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen wollte, annektierte Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).

Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führte (1911/12), nutzte der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und griff das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken wurden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und mußten Mazedonien räumen. Italien verhinderte aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwick-

lungen auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...<<

Großbritannien schloß am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913). Infolge dieses Wirtschaftswachstums des Deutschen Reiches reagierten besonders Großbritannien, Frankreich und die USA mit Neid und Mißgunst.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.

Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.

Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. ...

"Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<

Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtete am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) bildete am 28. Juni 1914 den Abschluß zahlreicher Aggressionen.

Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58). Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" wurden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen.

Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte (Entente) bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175): >>... Die Gelegenheit war nun ein-

mal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. ...<<

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).

Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde.

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.

Die europäischen Kriegsparteien hätten sich ohne die materielle und militärische Unterstützung der Entente durch die USA notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Obleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um

einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern.

Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Die erstmalige Beteiligung der Nordamerikaner an der Europapolitik veränderten die jahrhundertalten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung des Vertrages (innerhalb von 5 Tagen) und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

Angesichts der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der deutsche Staat mußte letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" bzw. die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgte am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % (70.580,4 qkm) seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % (6.475.568 Einwohner) der Bevölkerung (Stand: 1.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Versailler Vertrag (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<

Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und

arglistiger Vertrauensbruch.

Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.

Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schrieb im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<

Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.

Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt.

Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachten, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren waren.

Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD,

"Stahlhelm" = DNVP und andere).

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert wurden.

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).

Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen ließ. Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.

Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Infolge der dramatischen politischen und wirtschaftlichen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht.

Vor allem jüngere Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerlichte Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Na-

tionalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Tributgelder (Reparationen) in der Hölle holen gehen.

Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...

Hitler wird den polnischen Korridor (zwischen Ostpreußen und Pommern), den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...

Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.

Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.

Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.

Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Der greise Volksheld Hindenburg leitete mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt letzten Endes die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verlor das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

Erich Ludendorff, ein berühmter und berüchtigter deutscher General des Ersten Weltkrieges (sowie aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgegeben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

US-Präsident Hoover kritisierte damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.

Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in

seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat). Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.

Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):
>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr. Die gesetzlosen NS-Terroristen beendeten ihren erfolgreichen Staatsstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102).

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-

Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau (Oberbayern) und in Oranienburg (Provinz Brandenburg) die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" (leerstehende Fabriken oder Lagerhallen) errichten. Bis 1937/38 löste die SS alle "wildes Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring (eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei) und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellte.

Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei (Gestapo = politische Polizei, z.T. ehemalige Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD und SIPO) gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluge, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten (Spottbezeichnung: "Reichsheini"), entwickelte in den folgenden

Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium ("Staat im Staate") umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.

Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten (gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums). In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien (Gleichschaltungsgesetz und Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) verantwortlich. Das NS-Regime jagte damals ungezählte anständige, unbescholtene Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihren Arbeitsplätzen. Wer sich wehrte, protestierte, einer demokratischen Partei angehörte oder irgendwie verdächtig erschien, war ein "Staatsfeind" oder "Judenknecht". Hitlers Wille war in jener Zeit oberstes Gesetz.

Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).

Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.

Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".

Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.

In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<

Bis 1938 nahm Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt waren. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellten nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigten gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).

Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.

Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern. Für Stalin zählte grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.

Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen (1.09.1939) war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbsterfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.

Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde (x090/279).

Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<

Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) schrieb später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>... "Sollte ... (ein solcher) Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".

Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte. ...<<

Obwohl Großbritannien und Frankreich aufgrund der geographischen Lage nicht in der Lage waren, Polen wirksam militärisch zu unterstützen, weigerte sich die polnische Regierung starrsinnig, im Streit um Danzig einzulenken.

Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Vermittlungsversuche des britischen Botschafters Henderson ab.

Lipski erklärte (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<

Nach dem deutschen Angriff (die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen.

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**

Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse

... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.

- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."

Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß (des amerikanischen Kongresses) in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und Eng-

land rasch besiegt werden."

Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...

Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...

Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. ...

Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen. Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit.

Am 25. November 1940 scheiterten die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft.

Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien (Beherrschung der Erdölfelder und Zugang zum Mittelmeer) verstärkten anschließend die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).

Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79).

Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).

Am 29. Dezember 1940 beschloß der US-Kongreß die Unterstützung Großbritanniens, so daß Nordamerika offiziell Kriegsmaterial an die Briten liefern durfte ("Cash and Carry-Klausel").

Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).

Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet).

Am 22. Juni 1941 verwirklichte Hitler schließlich skrupellos seine osteuropäischen Expansionspläne, die er in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigt hatte. Fast alle deutschen Soldaten glaubten zunächst daran, für eine gerechte und vernünftige Sache zu kämpfen. Die deutsche Wehrmacht erhielt damals offiziell den Befehl, die jahrhundertlange Bedrohung der deutschen Ostgebiete zu beenden und gleichzeitig sollten alle unterdrückten osteuropäischen Völker von der bolschewistischen Gewaltherrschaft befreit werden. Die große Mehrheit der

Landser war damals felsenfest davon überzeugt, einen "gerechten Kreuzzug" gegen den Kommunismus zu führen.

Für Stalin war der als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipierte Krieg gegen das NS-Regime ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen. Nach den menschverachtenden Lehren des Stalinismus "heiligte" der Zweck jedes Mittel. Die Höhe der Opfer spielte keine Rolle. Entscheidend war nur der Erfolg. Stalin war entschlossen, seine "kommunistische Weltrevolution" um jeden Preis in Europa ("Wir werden unsere Pferde am Atlantik tränken!") und in Asien zu verwirklichen.

Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<

Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

In Moskau verhandelten Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion. 7 Tage später trafen schon die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein. Im Juli 1941 erhielt die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).

Am 7. Dezember 1941 flog die japanische Luftwaffe zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor. Mit diesem überraschenden Angriff eröffnete Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Das Deutsche Reich mußte danach, wie im Ersten Weltkrieg, den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen. Während es den westlichen Alliierten und der UdSSR gelang, die militärischen Operationen und strategischen Ziele abzustimmen, operierten das Deutsche Reich, Italien und Japan grundsätzlich weiterhin bis zum bitteren Ende auf eigene Faust.

Die Nordamerikaner und Briten transportierten bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion (1941 = 0,4 Millionen t, 1942 = 2,4 Millionen t, 1943 = 4,8 Millionen t, 1944 = 6,2 Millionen t, 1945 = 3,7 Millionen t). Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.

Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Erfolge der US-Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges (x068/264-265): >>... Während die europäischen Völker bluteten und Millionen und Abermillionen ihrer Menschen

verbluteten, sanierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika und mauserten sich zur Weltmacht und schließlich zur führenden Weltmacht. Während die europäischen Länder viele Außenmärkte infolge des Krieges nicht mehr beliefern konnten, übernahmen diese wieder die USA, stellten sie auch Staaten, die sich mit Deutschland, Italien, Japan im Krieg befanden, Versorgungsgüter zur Verfügung, weiteten sie ihre Absatzmärkte, ihre Rohstoffquellen bis in den letzten Winkel der Welt aus, griffen sie für ihre Kriegsmobilisierung auf Ressourcen in Lateinamerika, Afrika, Indien zurück, das überdies eine große Armee gegen die Japaner in Burma aufstellte.

Die US-Rüstungsindustrie aber erfährt während des Zweiten Weltkrieges einen geradezu alptraumhaften Auftrieb. ...<<

Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.

Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.

Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.

Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen ("Aussiedlung" usw.) verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.

Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden alle Vernichtungslager (Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka) in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet. Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes ("Geheime Reichssache"), so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.

Mit Hilfe der beinahe undurchdringlichen NS-Sicherheitssysteme gelang es jahrelang, die deutsche Zivilbevölkerung zu täuschen, aber die Weitergabe von ausländischen Informationen und Nachrichten (Berichte von polnischen Widerstandsgruppen und ausländischen Geheimdiensten: Fotos von Vernichtungslagern, Zeugenaussagen und sonstige Meldungen) konnten nicht verhindert werden. Die ausländische Öffentlichkeit (vor allem in Nordamerika und Großbritannien) wurde nachweislich frühzeitig über die Vernichtungslager in Polen bzw. den systematischen Völkermord an den Juden informiert. Im Deutschen Reich kursierten während des Zweiten Weltkrieges zwar viele Gerüchte über das Schicksal der verschleppten Juden, aber Genaueres wußten nur direkte Beteiligte der "Endlösung".

Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.

Der französische Historiker Stéphane Courtois berichtete im Jahre 1997 über die historische Ermittlung von Opferzahlen (x087/236-237): >>... Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar.

Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.<<

Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).

"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).

Angesichts der unfassbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.

Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager. Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von heute wiederfinden könnten. Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."

Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."

Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<

Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die antideutsche Haltung der westlichen Alliierten (x283/232-233): >>Schon seit den ersten Kriegsjahren ventilierten die Alliierten unterschiedliche Nachkriegspläne bezüglich der näheren und fernerer Zukunft Deutschlands. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten tat sich auf. Die leitende Absicht war, Deutschland als Militärmacht und Gefahr für seine Nachbarn endgültig auszuschalten.

Gegen Kriegsende wurden drastische Maßnahmen erwogen, Churchill und Eisenhower waren

für kurzen Prozeß. Sie wollten jeden Nazi ab Majorrang erschießen lassen, viele Tausende von wirklichen oder angeblichen Kriegsverbrechern sollten sterben. Roosevelt plädierte mehrmals für eine Massenkostration der Deutschen. Das Nürnberger Tribunal war nicht von Anfang an vorgesehen, doch hatten die Vertreter der neuen Exilregierungen in London schon 1943 ein Gerichtsverfahren gegen die "War Crimes" verlangt.<<

Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde.

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Genau 3 Jahre nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR begann am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive. Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.

Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler damals sogar noch mehrere kampfstärke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvansion der Westalliierten abzuwehren. Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront katastrophale Folgen für die wehrlose ostdeutsche Zivilbevölkerung bringen würde. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Hitler verkündete bereits am 20. November 1943 in Breslau vor 20.000 Offiziersanwärtern (x033/427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht

gewänne, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. ...

(Bei diesem Krieg handele es sich um) ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt:

Das Volk, das verliert, beendet sein Dasein!<<

Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

In der deutschen Geschichte gab es noch nie eine Epoche (einschließlich der verheerenden Katastrophen, die sich im Verlauf der Völkerwanderungen und des 30jährigen Krieges ereigneten), die Frauen, Kindern und alten Menschen vergleichbare Belastungen und unmenschliche Qualen auferlegte. Millionen von Deutschen, die größtenteils keine NS-Verbrechen verübt hatten, wurden 1944/45 dem sicheren Verderben preisgegeben. Die naiven Volksgenossen merkten erst nach dem Zusammenbruch des "1.000jährigen Reiches", daß man sie nur unentwegt belogen und betrogen hatte.

Während sich die verantwortlichen NS-Funktionäre rechtzeitig in Sicherheit brachten, erlebte die zurückgebliebene Bevölkerung vielerorts die Hölle auf Erden. Hunderttausende von schutzlosen reichs- und volksdeutschen Zivilisten kamen im Verlauf der Flucht und "Befreiung" sowie bei der späteren Vertreibung um.

Der schändliche Verrat und die heimtückische Auslieferung der Reichs- und Volksdeutschen, die bis zum bitteren Ende treu und brav ihre Pflichten erfüllten, wurde bisher nie angemessen aufgearbeitet. Hitlers Plan, Stalin vor der Weltöffentlichkeit zu entlarven, um die Alliierten zu trennen, mußte zwangsläufig scheitern, denn nach den zahllosen NS-Verbrechen und der systematischen Massenvernichtung des europäischen Judentums dachten die Angelsachsen nachweislich nie an Sonderverhandlungen.

Die "Rote Armee" griff am 12. Januar 1945 mit 4 Armeen (etwa 4.400.000 Soldaten, nur Kampftruppen) die deutsche Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer waren: General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front), Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front), Marschall Shukow (1. Weißrussische Front) und Marschall Konjew (1. Ukrainische Front).

Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 20-30 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**

Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km zurück (vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder) und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern. Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.

Vor und während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 forderten Stalins Propagandaexperten in Soldatenzeitungen, Rundfunksendungen und militärischen Flugblättern öffentlich zu Rache- und Vergeltungsmaßnahmen auf. An der Kampffront informierten Politikkommissare und Agitatoren regelmäßig über angebliche Massaker der Wehrmacht, obwohl die sowjetische Führung wußte, daß diese Verbrechen (Massenerschießungen von jüdischen Zivilisten und sowjetischen Partisanen) von den berüchtigten SD- und SS-Einsatzgruppen verübt wurden.

Zahlreiche sowjetische Journalisten und Schriftsteller beteiligten sich an dem systematischen "Rachefeldzug" gegen die Deutschen. Ilja Ehrenburg war ein besonders fanatischer Deutschenhasser. Er schrieb ab 1941 Racheaufrufe für die sowjetische Armeezeitung "Roter Stern" und veröffentlichte regelmäßig Hetzartikel in der Moskauer Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit") und in Frontzeitungen. Weitere sowjetische "Journalisten", die sich ebenfalls als Hetzer "bewährten", waren z.B. Scholochow, Simonow, Surkow und A. Tolstoj.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die sowjetische Völkerhaßkampagne gegen die Deutschen (x026/33): >>... Es kann ... nicht die Rede davon sein, daß es sich bei den Getöteten um Opfer einer zwar summarischen, letztlich aber verdienten Schnelljustiz gehandelt habe. Gerade am Beispiel der Roten Armee - aber nicht nur da - läßt sich unschwer dartun, daß jedenfalls die Mehrzahl der Morde weniger einem persönlichen Rachebedürfnis, als vielmehr einer systematischen Völkerhaßkampagne in Verbindung mit Straffreiheit sowie sexuellen und materiellen Anreizen (Plünderung, Vergewaltigung) entsprang. ...

Gelegentlich wird bei den Vertreibungsverlusten zwischen Todesfällen als unmittelbare Folge von Verbrechen einerseits und als Folge von Hunger, Erschöpfung, Selbstmord usw. andererseits differenziert, wobei sich naturgemäß bei der ersteren Gruppe eine niedrigere Zahl als bei der letzteren - Relation etwa 1:2 - ergibt.

So berechtigt das wissenschaftliche Interesse an solchen Unterscheidungen auch sein mag, an der politisch-moralischen Gesamtbewertung wollen und können sie nichts ändern, dienten doch 1944/45 gerade die Haßpropaganda und die Straffreiheit von Verbrechen der beschleunigten Entvölkerung der Vertreibungsgebiete; die durch Greuelthaten ausgelöste Fluchtwelle war ein wichtiges Argument Stalins bei den Grenzdebatten in Jalta und Potsdam.<<

Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.

Während des Zweiten Weltkrieges setzte man erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoff.

Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten (sog. "Stalin-Schüler") einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus. Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die systematische Vorgehensweise während der sowjetischen "Befreiungsmission" (x001/138E-139E): >>Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands

an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über diese Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte.

Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen. Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjetunion, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern. ...

... Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde. ...<<

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt. Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäckig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen.

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfabbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfabbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.

Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.

Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der

Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwa wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

In der Nachkriegszeit wagte es niemand in DDR oder in der BRD, die alliierten Siegermächte öffentlich zu kritisieren oder wegen der zahllosen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen anzuklagen. Es wird allmählich Zeit, sich zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen zu bekennen. Die an Deutschen verübten völkerrechtswidrigen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen dürfen nicht wie bisher stillschweigend übergangen oder in das Gegenteil umwandelt werden. Ein gutes nachbarliches Verhältnis, gegenseitiges Verzeihen und glaubwürdige Verständigung können nicht durch zum Teil erpreßte Wiedergutmachungszahlungen und feige Selbstverleugnung erworben werden.

Damit die geschändeten oder ermordeten Opfer endlich ihren Frieden finden können, ist es unsere christliche Pflicht, diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung letzten Endes ungeachtet aller internationalen Probleme angemessen aufzuklären, die Schuldigen zu ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse zu ächten.

Am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.

Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<

Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von

Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft.

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.

Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte und nicht annektiert, sondern nur besetzt wurde (x151/67).

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.

Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.